

EWN

Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen



Pressespiegel

15.11.2021

Inhalt

EWN

1 Küstenländer setzen auf Wasserstoff <i>Schweriner Volkszeitung - Zeitung für die Landeshauptstadt, 13.11.2021</i>	3
2 Wie sicher ist Morsleben? Endlager-Betreiber informiert <i>Wolfsburger-Nachrichten.de, 14.11.2021</i>	4
3 Bürger können mehr mitreden <i>Badische Zeitung Freiburg im Breisgau, 15.11.2021</i>	5
4 Alles auf Atom – Macrons Milchmädchenrechnung <i>DIE WELT, 15.11.2021</i>	6
5 Spaltmaterial <i>Süddeutsche Zeitung, 13.11.2021</i>	8

📰 Schweriner Volkszeitung - Zeitung für die Landeshauptstadt | 13.11.2021 | S. 17-SSN SEITE 17

📄 Auflage: 19.166 | Reichweite: 37.417

👤 dpa

Küstenländer setzen auf Wasserstoff

Bremen. Die fünf norddeutschen Küstenländer intensivieren ihre Anstrengungen zum Ausbau der gemeinsamen Wasserstoffstrategie. Dabei erwägen sie die Einrichtung einer Leit- und Koordinierungsstelle. Bei der Gestaltung wollten sie eng mit der Wirtschaft in Norddeutschland zusammenarbeiten, wie die Wirtschafts- und Verkehrsminister von Bremen, Niedersachsen, Mecklenburg-Vorpommern, Hamburg und Schleswig-Holstein bei einem Treffen gestern in Bremen mitteilten.

„Wir sind entschlossen, die Strategie und den damit verbundenen Transformationsprozess konsequent weiter voranzutreiben, um unsere Wirtschaft und In-

dustrie zu revolutionieren, die Energiewende zu realisieren und als führende Wasserstoff-Region norddeutsche Erfolgsgeschichte zu schreiben“, sagte Hamburgs Wirtschaftsminister Michael Westhagemann (parteilos).

Vor allem „grüner“ Wasserstoff, für dessen Herstellung Ökostrom eingesetzt wird, soll beim klimafreundlichen Umbau von Produktionsprozessen eine große Rolle spielen. Umstritten ist aber, in welchen Bereichen genau „grüner“ Wasserstoff zum Einsatz kommen soll. Derzeit ist der Energieträger noch knapp und vergleichsweise teuer.

 Wolfsburger-Nachrichten.de | 14.11.2021 WEBLINK

Wie sicher ist Morsleben? Endlager-Betreiber informiert

Die Bundesgesellschaft für Endlagerung bietet Info-Abend zur beabsichtigten Stilllegung an.

Das Endlager Morsleben soll unter Verbleib der eingelagerten radioaktiven Abfälle stillgelegt werden. Das ist die Aufgabe der Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) als Betreiberin des Endlagers. Das notwendige Genehmigungsverfahren läuft.

Am Donnerstag, 18. November, 18 bis 19.30 Uhr, gibt es dazu eine Info-Veranstaltung des Betreibers. Die BGE bietet sie als Online-Konferenz via Zoom an.

Um diese Fragen geht es: Wie bewertet man sich Sicherheit des Endlagers über einen Zeitraum von mehreren Zehntausend Jahren? Und wie geht man dabei mit möglichen Ungewissheiten um?

Referenten stellen sich der Diskussion

Als Referenten stellt sich: Matthias Ranft, Bereichsleiter Morsleben. Er erklärt die Vorgehensweise bei der

Sicherheitsbewertung von Endlagern für radioaktive Abfälle, insbesondere im Hinblick auf die langen Zeiträume.

Auch dabei ist Dr. Steffen Knospe, zukünftiger Leiter der Arbeitsgruppe Sicherheitsanalysen. Er erläutert für das Endlager Morsleben die systematischen Methoden für den Umgang mit verbleibenden Ungewissheiten bei der Bewertung von Langzeitsicherheit

Darüber hinaus lässt sich die Veranstaltung wie gewohnt per Livestream über den Youtube-Kanal der BGE (www.bge.de) verfolgen, dort können Zuhörerinnen und Zuhörer ihre Fragen im Chat stellen. Des Weiteren können sie Diskussionsbeiträge zusätzlich über folgende Wege mitteilen: im Vorfeld oder während der Veranstaltung per Mail an info-morsleben@bge.de oder per Telefon über (039050) 979931. Die Rufnummer ist auch während der Veranstaltung erreichbar.

Bürger können mehr mitreden

Suche nach Atomendlager

Berlin (bas). Die Beteiligung der Öffentlichkeit an der Suche nach einem Standort für ein Atommüll-Endlager in Deutschland wird ausgeweitet. Wie das Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (Base) in Berlin mitteilte, wird ein zusätzliches Beteiligungsformat geschaffen. Damit reagiert die Behörde auf Kritik aus der ersten Runde der Bürgerbeteiligung.

In den vergangenen zwölf Monaten hatten Hunderte Bürger, Wissenschaftler und kommunale Vertreter in mehreren Online-Veranstaltungen über den ersten Zwischenbericht der Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) beraten. Demnach kommt gut die Hälfte des Bundesgebiets grundsätzlich als Endlagerstandort in Frage. Diese riesigen Gebiete auf einige wenige Regionen einzuengen, die dann genauer untersucht werden, ist eine Herausforderung – und wird Zeit brauchen. Bisher war hierbei keine Bürgerbeteiligung vorgesehen. Kritiker hatten daher eine „Beteiligungslücke“ gesehen. Die wird nun geschlossen, indem ein Fachforum eingerichtet wird.

„Das Fachforum soll mindestens einmal jährlich stattfinden und ist offen für die breite Öffentlichkeit“, teilte das Bundesamt mit. Das erste Fachforum sei für Frühjahr 2022 geplant. Die Ergebnisse muss die BGE berücksichtigen. Zusätzlich wird laut der Behörde eine neue Beratungs- und Planungsgruppe die Arbeit der BGE „engmaschig und kontinuierlich“ begleiten. Die Gruppe bestehe aus zehn Vertretern der Zivilgesellschaft sowie je zwei Vertretern von Base, BGE und Nationalem Begleitgremium. Eine Gruppe junger Menschen wolle außerdem „einen eigenständigen Rat der jungen Generation für die Endlagersuche aufbauen“. Die Standortsuche wird nach dem bisherigen Zeitplan bis 2031 dauern, frühestens 2050 könnte die Einlagerung beginnen.

Weitere Infos zur Endlagersuche: www.endlagersuche-infoplattform.de

Alles auf Atom – Macrons Milchmädchenrechnung

Frankreich will die Kernenergie stark ausbauen

Paris. Wenn es etwas gibt, was Frankreich von Deutschland unterscheidet, dann ist es das Verhältnis zur Atomkraft. Mit 56 Reaktoren verteilt auf 18 Standorte ist Frankreich heute schon die zweitgrößte Atomnation, gleich hinter den USA.

„Für unsere energetische und ökologische Zukunft setzen wir auf Atomkraft“, hatte Frankreichs Präsident Emmanuel Macron im Oktober erklärt. Jetzt hat er den Bau weiterer Atomkraftwerke angekündigt: sechs Großreaktoren des Typs EPR 2, wie der europäische Druckwasserreaktor abgekürzt wird. Dabei klingt das Kürzel EPR in französischen Ohren wie das des Berliner Flughafens BER, dessen Baugeschichte ähnlich katastrophal ist wie die des EPR in Flamanville in der Normandie. Dessen Kosten sind von 3,3 auf fast 19 Milliarden Euro explodiert. Eigentlich hätte der Reaktor 2012 ans Netz gehen sollen, nun hofft man auf eine Inbetriebnahme 2023.

Nicht besser erging es den französischen Projekten im britischen Hinkley Point und im finnischen Olkiluoto, die ebenfalls noch nicht am Netz sind. Einzig in China läuft jetzt ein Reaktor desselben Typs. Die Franzosen haben sich auf keiner dieser Baustellen mit Ruhm bekleckert. Aus einem Exportschlager ist ein peinlicher Misserfolg geworden.

Nur geht es nicht um irgendein Baufiasko, das Milliarden verschlungen hat, sondern um Sicherheit. Flamanville sollte beweisen, dass Atomkraft im 21. Jahrhundert sicher sein kann. Doch Materialfehler im Boden des Reaktorbehälters konnten nicht mehr korrigiert werden. Wenn der Reaktor eines Tages ans Netz geht, mag er sicherer sein als seine 40 Jahre alten Vorgänger, aber er wird nicht halten, was die Atomindustrie nach den Unfällen der Vergangenheit versprochen hatte.

Der Stromriese EDF tut heute so, als hätte es dieses Kapitel nicht gegeben und kündigt schlicht einen EPR 2 an, ein „verbessertes Modell der zweiten Generation“. Durch Serienproduktion will man die Baukosten um

30 Prozent senken. Von 46 Milliarden Euro für die sechs Reaktoren ist derzeit die Rede, aber offizielle Zahlen liegen noch nicht vor. Insider gehen davon aus, dass die Rechnung bis auf 64 Milliarden steigen könnte.

Grüne Politiker kritisierten Macrons Ankündigung als „realitätsfremd“ und „verantwortungslos“. Die neuen Reaktoren würden frühestens 2035 in Betrieb gehen. Zu spät also, wo doch die nächsten zehn Jahre entscheidend sein sollen. „Egal wo, die Atomkraft hat das Rennen verloren“, resümiert Mycle Schneider, der jedes Jahr den World Nuclear Industry Status Rapport herausgibt. Danach ist der Anteil der Atomenergie im Jahr 2020 weltweit um 0,4 Gigawatt gewachsen, während die Leistung der erneuerbaren Energien um 260 Gigawatt stieg. „Die Wettbewerbsfähigkeit der Atomkraft sinkt im Vergleich zu konkurrierenden Energien, Windkraft und Sonnenenergie, als eine unabwendbare Folge wachsender Sicherheitserfordernisse“, sagt Bernard Laponche, Atomphysiker und Atomkraftgegner, der einst selbst jener Ingenieurskaste angehört hat, die er heute als „Atomsekte“ bezeichnet.

Der Produktionspreis einer Megawattstunde aus Flamanville wird auf 110 und 120 Euro geschätzt. Nach Aussagen der Energiekommission CRE liegt der Preis der Megawattstunde für terrestrische Windenergie zwischen 53 und 60 Euro. EDF visiert bei seinen neuen Reaktoren langfristig einen Preis von 70 bis 85 Euro pro Megawattstunde an - während die erneuerbaren Energien in 15 Jahren voraussichtlich billiger produziert werden können. Der EDF-Konzern, der durch Steuergelder vor der Pleite gerettet werden musste, ist mit über 40 Milliarden Euro verschuldet. Auf knapp 50 Milliarden Euro beziffert EDF die Summe, die es in die „Instandsetzung“ überalterter Reaktoren stecken musste und bis 2025 noch muss. Im elsässischen Fessenheim zeigt sich gerade, dass man auch die Kosten der Stilllegung eines Reaktors gern unterschlägt. Sie werden auf ein bis zwei Milliarden pro Reaktor geschätzt.

Berücksichtigt man diese Folgekosten und die Endlagerung, die ebenfalls Milliarden verschlingt, wirkt al-

les wie eine sagenhafte Milchmädchenrechnung. Dennoch lockt Macron die Franzosen mit "vernünftigen Energiepreisen" und "Unabhängigkeit vom Ausland" - alles Argumente, die in diesen Zeiten auf offene Ohren stoßen. Jüngste Umfragen zeigen, dass 52 Prozent der Französinen und Franzosen Atomkraft befürworten, nur 45 Prozent sind dagegen. Und selbst die wenigen eingefleischten Atomkraftgegner scheinen sich ernsthaft zu fragen, ob die Energiewende ohne Atomkraft funktionieren wird. Auch tobt bereits der Wahlkampf, und Macrons Hauptkonkurrentin Marine Le Pen positioniert sich wie alle potenziellen konservativen Kandidaten als klare Befürworterin der Atomkraft.

Ende Oktober hat auch der Stromnetzbetreiber RTE ei-

ne seit zwei Jahren erwartete Analyse mit sechs Szenarien vorgelegt, wie Frankreich bis 2050 Treibhausgasneutralität erreichen könnte. Nur in einem wird ganz auf Atomkraft verzichtet. Sie wird von den Experten als teuerste Variante beziffert, weil Frankreich nur über einen Park von 8000 Windrädern und entsprechend auch nicht über die nötige Infrastruktur verfügt. Kritiker weisen darauf hin, dass Extremwetterlagen wie Dürre, Waldbrände und Fluten, die immer häufiger werden, für unkontrollierbare Lagen sorgen. Bereits jetzt müssen Reaktoren in Frankreich, deren Kühlung durch Flusswasser erfolgt, in Trockenzeiten abgeschaltet werden, weil der niedrige Wasserdruck eine Gefahr darstellt.

Spaltmaterial

Beim Gipfel von Glasgow wurde vehement über eine Renaissance der Kernkraft gestritten. Was das für den Klimaschutz bedeuten könnte

Auf dem Gelände der Weltklimakonferenz haben die Befürworter der Atomkraft einen Stand aufgebaut. Er heißt „Net Zero needs nuclear“ – eine emissionsfreie Welt braucht Atomkraft. Deutschland genießt hier keinen guten Ruf. Im Gegenteil wird den Besuchern das Land als böses Beispiel vorgeführt. Wenn Deutschland 2022 seine letzten Atommeiler abschalte, drohe Millionen Haushalten der Stromausfall, erklärt ein Mitarbeiter aus Kanada. Es sei denn, die klimaschädliche Braunkohle würde hochgefahren, eine andere Chance gebe es nicht. Deutschland auf einem Irrweg?

Umweltministerin Svenja Schulze sieht das ganz anders. Am Donnerstagmittag sitzt sie mit ihren Kollegen aus Österreich, Luxemburg und Portugal im deutschen Pavillon und erklärt, warum der Atomausstieg der richtige Weg sei. Die Kernkraft „ist zu risikobehaftet und zu teuer“, sagt die SPD-Politikerin. Zudem dauere es sehr lange, Atommeiler zu bauen, zu lange, um das akute Klimaproblem noch lösen zu können. Die Allianz, der auch Dänemark angehört, will verhindern, dass Atomkraft in der sogenannten Taxonomie der Europäischen Union als nachhaltig eingestuft wird. Das würde ihrer Ansicht nach bewirken, dass viel Geld in diese Technologie fließe, das dringend für den Ausbau der Erneuerbaren Energien gebraucht werde.

Der Glaubenskrieg um die Atomkraft hat in Glasgow neue Fahrt aufgenommen. Die einen berichten mit Glanz in den Augen von der goldenen Lösung des Klimaproblems durch die Kernspaltung. Frankreich kündigt den Bau neuer Reaktoren an. Andere drehen sich mit Grausen ab. Und verweisen etwa auf die Probleme Großbritanniens. Dort waren mehrere Neubauten geplant, doch wegen der betriebswirtschaftlichen Risiken zogen sich Investoren zurück. Derzeit werden noch die Reaktoren für Hinkley Point C im englischen Somerset fertiggestellt. Die Planungen begannen 2008, das Kraftwerk soll 2026 ans Netz gehen. Die Kosten liegen inzwischen bei 27 Milliarden Euro. Der französische Konzern EDF setzt das Projekt um, allerdings nur, weil die britische Regierung garantierte, den

Strom zu einem hohen Festpreis für 35 Jahre abzunehmen. Es deuten sich Subventionen in Milliardenhöhe an.

Dennoch erklärt Greg Hands, britischer Minister für Wirtschaft und Energie, bei einer Pressekonferenz am Stand der Atomfreunde: „Wir haben ein stolzes nukleares Erbe. Und wir haben, Ladies and Gentlemen, eine großartige atomare Zukunft vor uns.“ Seine Regierung investiere Hunderte Millionen Euro in die Forschung und versuche, den Bereich für private Investoren interessanter zu machen. Neben Hinkley Point C soll noch ein Großreaktor gebaut werden. Denn von den 13 britischen Meilern müsse man zwölf im Laufe des Jahrzehnts aus Altersgründen abschalten.

Großbritannien teilt damit das Problem der meisten europäischen Länder, ein Großteil der Reaktoren erreicht die 40-Jahre-Altersgrenze. Nun wollen Atombefürworter die Laufzeiten verlängern, Rafael Grossi, Generaldirektor der Internationalen Atomenergiebehörde IAEA, spekulierte zuletzt über Kernkraftwerke, die hundert Jahre am Netz bleiben. Er räumte dabei selbst ein, dass dieser Vorschlag „eine Provokation“ sein könnte. Denn wie lange die Druckbehälter, in denen die Kernschmelze stattfindet, die extremen Bedingungen aushalten, ist unklar.

Hands und auch Fatih Birol, Chef der Internationalen Energieagentur IEA, hoffen auf neue Innovationen. Etwa den Smart Modular Reactor SMR, ein Kernkraftwerk im Kleinformat, das quasi wie ein Fertighaus in der Fabrik hergestellt und in relativ kurzer Bauzeit installiert werden soll. Der Autohersteller Rolls-Royce ist in das Geschäft eingestiegen. Damit soll es in einigen Jahren auch Entwicklungs- und Schwellenländern möglich sein, die zivile Kernkraft zu nutzen.

In Deutschland ist man davon nicht überzeugt. Das Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung BASE urteilt, dass die technischen Nachteile der Kernkraft auch bei kleinen Meilern bestehen. Da wäre die Sicherheitsfrage durch Unfälle oder Terrorangriffe,

die mögliche Nutzung von spaltbarem Kernmaterial für militärische Zwecke sowie die ungelöste Frage der Endlagerung des Atommülls. Jochen Ahlswede, Leiter der Abteilung Forschung und Internationales, beteuert, das Bundesamt prüfe den technologischen Fortschritt, der angeboten werde. „Wir analysieren kontinuierlich, auf welchen Fakten diese vermeintlich neuen Konzepte beruhen.“ Doch bislang müsse er feststellen, dass es keinen fachlichen Grund für eine Neubewertung der Lage gebe.

Damit bleibt Deutschland ein Hauptgegner der Atombefürworter. Aus Glasgow wollen Mitarbeiter von „Net Zero needs nuclear“ am Samstag nach Berlin. Dort findet eine Pro-Atom-Demonstration statt, Hauptredner ist der renommierte Klimaforscher James Hansen aus den USA. Seine Botschaft: Der Atomausstieg trage zum Artensterben bei. Deutschland solle erst seine Kohlekraftwerke abschalten und dann die Kernkraft.

„Wir haben eine großartige atomare Zukunft vor uns.“